

Managergehälter müssen angemessen sein

Die CDU-geführte Bundesregierung will bei der geplanten Änderung des Aktiengesetzes auch Managergehälter neu regeln. Künftig soll die Hauptversammlung die Gehälter der Vorstände von Aktiengesellschaften direkt beschließen. Das sorgt für volle Transparenz. Und: Die Gehälter sind stärker am Erfolg des Unternehmens ausgerichtet. Zu hohe Manager-Gehälter werden so vermieden.

- Bislang bestimmt das Aktiengesetz, dass die Vorstandsbezüge vom Aufsichtsrat ausgehandelt werden. Dem Aufsichtsrat gehören auch die Vertreter der Arbeitnehmer an, die die Interessen der Belegschaft wahren sollen.
- Die Koalition will mit dieser Änderung des Aktiengesetzes erreichen, dass die Hauptversammlung alle Vorstandsgehälter genehmigen muss. Die Aktionäre sollen jedes Jahr neu über Gehälter und über „Boni“ abstimmen.
- Die jährlich neue Entscheidung mit Abstimmung sorgt für volle Transparenz über die Gehälter und „Boni“ der Manager.
- Das Verfahren stellt zudem sicher, dass sich Vorstandsgehälter am Erfolg des Unternehmens orientieren. Denn sie werden an der langfristigen Entwicklung der Unternehmen ausgerichtet. Wenn ein Manager gut arbeitet und die Firma dauerhaft erfolgreich ist, darf dies mit einer angemessenen Vergütung belohnt werden. Genauso muss aber auch gelten: Wer Verluste zu verantworten hat, muss eine Verringerung seines Gehalts hinnehmen.

Die Bundesregierung hat ein klares Signal gegen überhöhte Managergehälter gesetzt: Die Vergütung auch von Managern muss im Verhältnis zu ihrer erbrachten Leistung stehen. Diese Leistung wird am Erfolg des von ihnen geleiteten Unternehmens gemessen.

Die Mitte.

CDU